

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis viertel-
jährlich 1 Mk., durch die Post
aus Haus gebracht 1.12 Mk. /
Mitglieder des Gewerbevereins
für Nassau erhalten das Blatt
gratis. Alle Postgebühren
nehmen Bestellungen entgegen.

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgepaltenen
Petitzelle 35 Pfg.; kleine An-
zeigen für Mitglieder 30 Pfg. /
Bei Wiederholungen Rabatt /
für die Mitglieder des Gewerbe-
vereins für Nassau werden 10
Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 8. Dezbr.

Anzeigen-Annahmestelle:

hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 36, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Gewerbliches Unterrichts-
wesen — Zur Frage der Handwerker-Genossenschaften
(Schluß) — Gemeinnützige Beschaffung von Möbeln
für Kriegsgeliebte — Eine Reise an die Westfront
(Fortsetzung) — Bericht des Mitteldeutschen Ar-
beitsnachweisverbandes über die Lage des Arbeits-
marktes im September 1917 — Handwerks-
kammer Wiesbaden — Anzeigen.



Ehrentafel

Das Elserne Kreuz II. Klasse
erhielt:

Musketier Fritz Wagner, Sohn des
Mitgliedes Mechaniker Friedr. Wagner,
Wiesbaden.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

An der gewerblichen und kaufmännischen
Fortbildungsschule in Eltville wurde ein
Buchführungskursus sowie ein Kursus in Kurz-
schrift für Frauen und Mädchen mit je 20
Teilnehmerinnen eröffnet.

An der gewerblichen Fortbildungsschule zu
Johannisberg finden durch eine technisch
gebildete Lehrerin vom nationalen Frauen-
dienst zu Frankfurt a. M. Schuh-Lehrkurse
statt. Der erste Doppelkursus wurde vom 15. bis
30. November abgehalten. Unterrichtszeit von
9—12 Uhr vormittags, 1 bis 4 Uhr nach-
mittags. Der zweite Doppelkursus beginnt am
1. Dezember. Die Zahl der Teilnehmerinnen
eines Einzelkursus beträgt etwa 20.

Zur Frage der handwerker- genossenschaften.

(Vergl. H. 1. Wiesbaden, auf Blätter für Genossenschaftswesen.)

(Schluß.)

III. Sollen Rohstoffgenossenschaf-
ten sich zu Einkaufsvereinigungen
zusammenschließen?

Um günstigere Einkaufsbedingungen zu er-
zielen, haben Rohstoffgenossenschaften ver-
schiedenlei Berufsgruppen Einkaufszentra-
len gebildet, die in der Regel als lose Ver-
einigungen oder e. G. m. b. H. bestehen. In
der Mehrzahl der Fälle stehen diese in Per-
sonalunion mit der örtlichen Rohstoffgenossenschaft, deren Geschäftsführer zugleich die Lei-
tung der Vereinigung übernommen hat. Ohne
weiteres zu billigen ist der Gedanke, den Lie-
feranten geschlossener und in stärkerer Ab-
nehmerzahl gegenüberzutreten, um dadurch
günstigere Preise, höheren Rabatt, bessere
Warenqualitäten und sonstige Vergünstigungen
beim Einkauf zu erreichen. Dies umso mehr,
als die Lieferanten durch stetig erweiterte Ring-
bildung ihre Macht fortgesetzt zu erweitern

suchen. Wenn sich auch vielleicht heute infolge
zu kurzer Tätigkeitsdauer über Wert und Lei-
stungsfähigkeit dieser Einkaufsvereinigungen
noch kein abschließendes Urteil abgeben läßt,
so kann man doch soviel sagen, daß die prak-
tischen Erfolge bisher nicht sonder-
lich große sind. Jedenfalls führt manche
von ihnen ein bescheidenes Dasein. Nicht selten
beschränken sie sich auf die Vermittlung
von Warenbezügen in der Weise, daß sie mit
den Lieferanten Verträge abschließen, wonach
diese an die Einzelgenossenschaften die von
ihnen gewünschten Waren auf direktes Ri-
siko abgeben und der Zentrale auf den Gesamt-
absatz eine Sonderprovision vergüten, die den
Einzelgenossenschaften bei der Verteilung des
Jahresgewinnes zugute kommt. Die Zentrale
übernimmt also keinerlei Haftung für die Ver-
bindlichkeiten der Einzelgenossenschaft gegen-
über dem Lieferanten; zu solchem Geschäfts-
verkehr ist auch kein besonderes Kapital nötig.
Andererseits läßt sich auf diese Provisionsver-
einbarungen nur ein beschränkter Teil von
Lieferanten bestimmter Erwerbszweige ein, wie
nur bestimmte Warengattungen in Frage kom-
men. Im Krieg ist diese Möglichkeit über-
haupt abgeklungen, und dies wird für die
Dauer der Warennot wohl auch nach dem
Krieg so bleiben.

Die Ursachen der mäßigen Erfolge der Ein-
kaufsvereinigungen mögen nicht immer die
gleichen sein. Gewöhnlich ist die Zahl der Mit-
glieder genossenschaften und das eigene Ver-
mögen klein, zumal wenn die Vereinigung
jüngeren Datums ist. Eine Lagerhaltung ist
bei geringem Kapital oder aus anderen Grün-
den oft unmöglich; es werden nur bestimmte
Geschäfte durch die Zentrale gemacht. Auch eigen
sich nicht alle Warengattungen in glei-
cher Weise zu gemeinschaftlichem Einkauf, sei
es infolge der Natur der Waren, sei es, weil
die Zentrale nicht günstiger einkaufen kann
als die Einzelgenossenschaft. Namentlich die
größeren und älteren Rohstoffgenossenschaften
sind infolge ihrer finanziellen Leistungsfähig-
keit, ihrer Erfahrungen und alten Beziehun-
gen in der Lage, ihren Bedarf vorteilhaft selbst
einzudecken. Nicht wenige unter ihnen stehen
daher den Vereinigungen kühl gegenüber, weil
ihnen die Vorteile im Verhältnis zum Risiko
nicht genügend erscheinen. In der Tat sind
diese Vereinigungen mit geschäftlichem Risiko
verknüpft. Die Einzelgenossenschaften haften
für die Verbindlichkeiten der Zentrale, deren
gesellschaftliche Form den Umfang der Haf-
tung bestimmt. Will sich die Zentrale in grö-
ßerem Umfang betätigen, insbesondere größere
Abschlüsse tätigen und Lager halten, so bedarf
sie größeren Kapitals, das die Einzelgenossen-
schaften aufzubringen haben und festlegen müs-
sen. Ist schon hierdurch der Einzelgenossenschaft
eine Auflage gemacht, so erhöht sich das Ri-
siko mit steigendem Geschäftsumfang der Zentrale
insofern, als die Gefahr von Fehlschlägen wächst.
Man darf nicht vergessen, daß zur Führung eines
Warengeschäftes große Erfahrung und Sachkenntnis,
ein Vertrautsein mit der Marktlage gehört. Falsche Dispo-
sitionen oder gar Fehlspekulationen der Zentrale
müssen die Einzelgenossenschaften dop-
pelt hart treffen, weil alle mitleiden müs-
sen. Weiter ist zu bedenken, daß dem Vorteil

eines billigeren Einkaufs die Unkosten des Ge-
schäftsbetriebs der Zentrale, bei Lagerhaltung
auch doppelte Frachtkosten gegenüberstehen.
Aus diesen Gründen ist es sehr verständlich,
wenn man nur zögernd an die Gründung
von Zentralen herangeht und bestrebt ist, den
Geschäftsbetrieb der bestehenden Vereinigungen
sich ganz allmählich entwickeln zu lassen, in-
dem man vorerst alle größeren Risiken und be-
sonders auch die Lagerhaltung tunlichst ver-
meidet. Erst müssen Erfahrungen gesammelt
und ein Vermögen gebildet werden, ehe der Ge-
schäftsumfang einen breiteren Rahmen an-
nehmen kann. Ohne Kapital kann sich die Zentrale
auch deshalb nicht in größerem Umfang
betätigen, weil gegenüber den Lieferanten die
Vertrauenswürdigkeit und Zahlungsfähigkeit
fehlt, was die Lieferanten zur Zurückhaltung
veranlaßt.

Welche Rechtsform soll nun die Ein-
kaufsvereinigung wählen? Da die lose Ver-
einigung die Rechtsverhältnisse nicht genü-
gend klar erscheinen läßt und das Risiko nicht
beschränkt, die Aktiengesellschaft zu gro-
ßes Kapital erfordert, wird nur die e. G. m.
b. H. sowie die G. m. b. H. in Frage kommen.
Wir haben ein gleiches bei den Lieferungsge-
nossenschaften, wo der Lieferungsverband, der dort
das gleiche Glied ist wie bei den Rohstoffge-
nossenschaften die Zentrale, in der Regel als
e. G. m. b. H. oder e. G. m. b. H. gegründet wird,
entsprechend den herausgegebenen „Richt-
linien“. Auch die G. m. b. H., die bekanntlich
mit mindestens 20 000 Mark Gesellschaftskapi-
tal ausgestattet sein muß (sofort 1/4 der Stamm-
einlage, mindestens 250 Mark, auf jede Ein-
lage einzuzahlen), wird bei kleineren Verhält-
nissen noch vielfach für unsere Zwecke ausseiden.
Sie erscheint zudem wegen der gesetzlichen
Vorschriften über die Geschäftsverhältnisse,
die das Unternehmen zu einer reinen Kapital-
gesellschaft stempeln, namentlich auch wegen der
erschweren Übertragung der Anteile, für
manche Fälle nicht geeignet. Alsdann bleibt
nur die Form der e. G. m. b. H., die tatsächlich
in ihrer leichten Gründung, ihrer Beweglichkeit
und der allmählichen Kapitalbildung offensicht-
liche Vorzüge besitzt. Diese Vorzüge können sich
allerdings u. U. in das Gegenteil verkehren,
z. B. wenn sie zu übereilter Gründung ver-
leiten. Weiter bestehen gegenüber einer solchen
Zentralgenossenschaft, einer Genossenschaft von
Genossenschaften, gewichtige Bedenken, vor-
nehmlich nach der Richtung hin, daß die Mit-
glieder der Einzelgenossenschaft nicht allein für
die Verbindlichkeit ihrer eigenen Genossen-
schaft, sondern indirekt auch für diejenigen
der Zentralgenossenschaft haften.
Hierin liegt eine Gefahr und eine uner-
wünschte Vertiefung der Einzelgenossenschaf-
ten, deren sich diese mit ihren Mitgliedern stets
bewußt bleiben müssen. Soll die Einkaufsver-
einigung als Genossenschaft gegründet werden,
dann muß gefordert werden, daß keine Einzel-
genossenschaft in ihrer Bewegungsfreiheit ge-
hemmt wird und ein Risiko übernimmt, das
sie nicht zu tragen vermag. Vor allem hüte
man sich, die Haftungsumme und die Zahl
der zulässigen Anteile zu hoch, den Anteil da-
gegen zu niedrig zu bemessen, was leicht zur
Unterschätzung der Gefahr führt. Unter 500 Mk.
soll man den Anteil nicht festsetzen und man

wird gut tun, die Haftsumme in Höhe des Anteils zu bestimmen. Fünf Anteile als Höchstmaß werden genügen. Ist mehr Kapital nötig, so muß der Geschäftsanteil und die Einzahlungen erhöht werden. Das sichert am wirksamsten vor einer Verkennung der finanziellen Tragweite der Handlungen, obwohl auch dann noch eine Ueberspannung der Kräfte möglich ist, wenn zu sehr fremdes Kapital herangezogen wird. Bedenkensfrei ist also die genossenschaftliche Form der Einkaufsvereinigung nicht; etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen, ist aber in den hier in Betracht kommenden Fällen sehr oft unmöglich.

Unleugbar hatten auch der Zentralgenossenschaft gewisse Schwächen an, die oben für die Bezirksgenossenschaft festgestellt wurden. Denn die Zentralgenossenschaft umfaßt immer ein größeres Wirtschaftsgebiet. Da es sich hier aber um eine Genossenschaft von Genossenschaften handelt, treten diese Mängel nicht in dem Maße zutage wie bei der Einzelgenossenschaft, insofern als die Zentralgenossenschaft auf anderen Voraussetzungen beruht und das rein wirtschaftliche Element mehr in den Vordergrund schiebt, als die Einzelgenossenschaft, bei der auch das soziale Moment von großer Bedeutung ist.

Das Ergebnis der Erörterung wäre also etwa dahin zusammenzufassen: Gegen die Bildung von Einkaufsvereinigungen ist an sich nichts einzuwenden. Unerlässliche Vorbedingung ist aber, daß sich eine genügende Zahl von Rohstoffgenossenschaften zusammenschließen, die in der Lage sind, das nötige Kapital aufzubringen. Auch muß nach Lage des Warengeschäftes in dem betreffenden Erwerbsberufe begründete Aussicht vorhanden sein, daß die Vereinigung eine Verbesserung der Einkaufsbedingungen zu schaffen vermag, damit ein steter Anreiz zur Benutzung der Vereinigung gegeben ist. Daß die Auswahl der leitenden Personen und des Plazes von wesentlicher Bedeutung sind, versteht sich von selbst. Jede überstürzte Ausdehnung ist zu vermeiden, erst nach und nach kann die Vereinigung zu Geschäften mit größerem Risiko übergehen und auch dann allemal nur unter der Bedingung, daß sie sich in jedem Einzelfall Rückendeckung bei der Einzelgenossenschaft verschafft, so z. B. bei Lieferungsabschlüssen. Eine Lagerhaltung wird in den Anfangsjahren nicht in Frage kommen können, später nur in besonderen Fällen und nur dann, wenn ein entsprechendes Eigenkapital vorhanden ist. Als Gesellschaftsform verdienen die G. m. b. H. oder die e. G. m. b. H. den Vorzug. Wählt man die genossenschaftliche Form, so ist besonders darauf zu achten, daß der Geschäftsanteil nicht zu nieder (etwa

500 Mk.), die Haftsumme in Höhe des Anteils und die Zahl der Anteile auf höchstens 5 zu bemessen ist. Die Bewegungsfreiheit der Einzelgenossenschaft darf nicht eingeschränkt werden. Die Bildung eigenen Vermögens ist zu beschleunigen, da die Vereinigung ihr Geschäft in der Hauptsache mit eigenem Kapital betreiben muß. Je mehr sie mit fremden Mitteln arbeitet und je mehr Mittel sie festlegt, umso mehr wächst die Gefahr.

*

So erfreulich der Aufschwung des Handwerker-genossenschaftswesens im Krieg ist, so besteht doch wohl nirgends darüber ein Zweifel, daß die genossenschaftlich-wirtschaftliche Organisation des Handwerks auch jetzt noch in den Anfängen steht. Diese Tatsache macht sich jetzt wieder besonders bemerkbar, wo es gilt, die Rohstoffversorgung des Handwerks für die Uebergangszeit nach dem Krieg in die Wege zu leiten. Ebenso wie während des Krieges die Organisationen für die Heereslieferungen der Handwerker meist erst geschaffen werden mußten, so entsteht auch jetzt die Notwendigkeit, für die Verteilung der Rohstoffe nach dem Krieg den Unterbau zu errichten. Daß die Rohstoffgenossenschaften der geeignete Unterbau sein könnten, wenn in ihnen das ganze Handwerk wirtschaftlich organisiert wäre, bedarf keiner Frage. Aber leider steht ebenso fest, daß die Rohstoffgenossenschaften heute noch bei weitem nicht als die wirtschaftliche Organisation des Handwerks betrachtet werden können. Das wird auch ausgesprochen in einer Abhandlung von Dr. Purpus im „Deutschen Handwerksblatt“ (1917 S. 136 ff.), die sich eingehend mit der Frage befaßt und den Bedingungen stellen der Handwerkskammern die Aufgabe der Rohstoffverteilung für das Handwerk zuweisen will. In diesem Sinne hat auch der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages Beschlüsse gefaßt. Die Rohstoffgenossenschaften sollen dabei mit herangezogen werden. Ihnen muß und wird auch bei der Rohstoffversorgung eine bedeutende Rolle zufallen.

Die kommende Zeit bietet eine günstige Gelegenheit zur Ausbreitung der Rohstoffgenossenschaften, die nicht ungenützt verstreichen darf. An dieser Ausbreitung müssen alle beteiligten Kreise mitwirken. Nicht zuletzt erwächst dabei auch den Leitern der Kreditgenossenschaften die Pflicht, das Handwerk mit Rat und Tat zu unterstützen.

Gemeinnützige Beschaffung von Möbeln für Kriegsgeirante.

Die Zahl der Kriegsgeiranten, die davon abgesehen haben, während des Krieges einen eigenen Hausstand zu gründen, ist sehr groß, und sie werden bald nach Beendigung des Krieges zur Gründung eines eigenen Hausstandes schreiten, so daß der Bedarf an Möbeln ein außerordentlich großer sein wird. Nun ist aber der Möbelmarkt von Kleinbürgerlichen Möbeln heute schon völlig ausverkauft, der Zuwachs aus Mangel an Arbeitskräften sowohl als auch aus Mangel an Material äußerst gering, infolge dessen wird schon heute nicht nur geschmackloser Kirsch, sondern auch altes Gerümpel zu unverhältnismäßig teuren Preisen angeboten und gekauft. Gleichwie man im Interesse der Bevölkerungspolitik Maßnahmen trifft zur Beschaffung von preiswerten gesunden Wohnungen, so muß auch in dieser Notlage Fürsorge getroffen werden für die Beschaffung von Wohnungseinrichtungen und vor allen Dingen von Möbeln solange, bis die Marktlage von selbst wieder imstande ist, die Bedürfnisse zu befriedigen.

Dies heute ganz der privaten Spekulation zu überlassen, wäre falsch. Ein Blick in die Tageszeitungen belehrt uns, daß mit Möbeln in schwunghafter Weise spekuliert wird, und es besteht die Gefahr, daß die unsauberen Abzahlungsgeschäfte den Zustand nach Kräfte zu ihrem Vorteil ausnützen werden umso mehr, als ein erheblicher Teil der Kriegsgeiranten wohl kaum in der Lage ist, aus baren Mitteln die notwendigen Anschaffungen zu bestreiten. Es ist bekannt, daß diese Abzahlungsgeschäfte beim Einkauf wenig wählerisch sind bezüglich guter und geschmackvoller Ausführung der Möbel, sondern geradezu die Fabrikation zur Anfertigung von Ramschware zwingen. Im Interesse einer gesunden Wohnungskultur erscheint es geboten, Fürsorgeeinrichtungen zu treffen, um den Kriegsgeiranten bei Gründung des Hausstandes nach Möglichkeit die Beschaffung zweckentsprechender, solider und geschmackvoller Möbel zu angemessenen Preisen zu ermöglichen und ihnen auch nach Bedarf bei der Beschaffung der notwendigen Mittel unter die Arme zu greifen. Es handelt sich dabei um ein Dreifaches:

1. Geeignete Möbel in guter Auswahl auf den Markt zu bringen und diese den Käufern zu vermitteln;
2. den Minderbemittelten günstige Abzahlungsbedingungen zu verschaffen und gegebenenfalls aus öffentlichen Mitteln dieselben eine Unterstützung zu gewähren;

Eine Reise an die Westfront im Sommer 1917.

Von Oberster-Obermeister Carl von der Emden,
Vorsitzender des Hauptvereins der Hannoverschen
Handwerker-Vereine.

(Fortsetzung.)

Wir verließen den hochinteressanten Punkt, um weiter rückwärts eine

Station unserer Fesselballons aufzusuchen. In einem mit vielen reich behängten Luftbäumen bestandenen Tal hatten sich die Luftschiffer eingerichtet. Der Ballon schwebte in einer Höhe von 700 Metern über uns, in der Nähe wird eine Ballonhalle errichtet, in welcher der Ballon zur Nachtzeit untergebracht werden soll. Der Beobachtungsdienst der Ballonoffiziere dauert immer sechs Stunden. Die Herren erläuterten uns alles aufs eingehendste. Wir besuchten dann das Stabsquartier eines unserer bekannten Kavallerieführer, der besonders beim Einbringen in Rumänien sich einen Namen gemacht hat. Die Erzählung war sehr freundlich und aufgeräumt.

Wir warteten ferner einem Soldatenheim einen Besuch ab. Ein Mitarbeiter des Frankfurter Zimmermeisters Hande, der mir bei mancher Gelegenheit an die Hand gegangen ist, begrüßte mich dort, ferner ein Kubaner vom Mädesheimer Verein. Ein solcher eingetroffener Mitläufer berichtete von dem am Samstag zuvor in Frankfurt a. M. vor sich gegangenen Fliegerangriff auf die Häuser in der Reuten Mainzerstraße.

Nunmehr ging unsere Fahrt zur Deringe-

räucheret. Die gefalzenen Heringe waren für den Frontgebrauch zu stark, sie verursachten zu großen Tusch. Man weiß sich zu helfen, indem man die Heringe recht räucheret. Die Anstalt liefert jeden Tag 5000 Stück der beliebten Fische. Der nächste Besuch galt einer Tierkörper-Verwertungsanstalt. Im Durchschnitt werden hier 170 tote Pferde im Monat zerlegt. Die brauchbaren Rohstoffe werden zur Verwertung ausgenutzt. Auch die Pferdebeschlägerei befindet sich hier, wo monatlich 60 bis 70 veretzte Pferde geschlachtet werden. Das Fleisch wird zum größten Teile eingelegt. Wir besichtigten auch die Korps-schlächtereien; hier werden tagtäglich 600 Stück Großvieh und 1200 bis 1400 Schafe verarbeitet. Zu den Arbeiten in den verschiedenen militärischen Betrieben und zur Landwirtschaft und ferner zu Arbeiten an den Verkehrswegen werden hinter der ganzen Westfront vielfach russische Gefangene verwendet. Diese haben sich mit ihrem Lohse ausgezeichnet, nachdem ihnen der Siegeszug nach Berlin so gütlich mißlungen ist.

Wir fahren jetzt zum

Wallfahrtsort Viesse.

Viesse ist ein kleines, schmuckes Städtchen von ungefähr 1200 Einwohnern. Die Kirche ist sehr wertvoll, sie hat wertvolle künstlerische Dekorationsstücke und kostbare Kunstgegenstände, die durchwegs von der freigebigen Hand bemittelter frommer Wallfahrer gespendet wurden. Im Flug passierten wir das prächtige Schloß des Fürsten von Monaco, welches wilden Feindes in Kleinformat. Wir hatten keine Zeit, uns das unverlezt, mit kostbaren Kunstschätzen gefüllte Schloß anzusehen.

Uns genügte schließlich, daß vor dem Schloß, wie vor der Kirche von Viesse, ein deutscher Posten dafür sorgte, daß keine unbesorgene Hand an die Schätze rühre. Wir sind eben unverwundliche „Barbaren“, die sogar das Gut des Feindes bewachen. Wir mußten eilen, um noch den Abendzug zu erreichen, der uns aus dem Kampfgelände in das Stappengebiet entführen sollte. Während der eiligen Fahrt erhielten wir eine Aufstellung über die bei dem Gruppensammellager in der letzten Juliwoche zusammengebrachten Materialien. Vornehmlich sind es Metalle, die im Krieg doppelt wertvoll sind. Die einzelnen Sorten werden mit zehntausenden von Zentnern ausgewiesen, wir finden aber auch über tausend Kilo Brennstoffe und einige tausend Flaschen verzeichnet. Alle diese Materialien, die nicht sofort draußen Verwendung finden, werden in die Heimat gebracht.

Um 6 Uhr trafen wir an unserem neuen Bestimmungsort ein. Am Bahnhof wurden wir von einem Hauptmann der neuen Pioniergruppe begrüßt, der uns sofort nach der Kommandantur mitnahm. Am Weg besichtigten wir ein mächtiges Sanitätsdepot, welches in einer Zuteilung eingerichtet war. Der Wert des umfangreichen Lagers an Lazarettbedürfnissen und Verband- und Heilmitteln beziffert sich auf 3 1/2 Millionen. Ein großer Stapel neuer Pferde, die vor Beginn des Krieges von den Franzosen aus Bayern bezogen worden waren, fand sich dort vor. Die weiteren Anstalten des Stappensortes, die wir in Augenschein nahmen, waren: ein großes Warmwasserbad, neue Unterkunftsballen für durchkommende Truppen, eine Reparaturwerkstätte

3. nicht zuletzt handelt es sich aber auch darum, der heimischen Möbelindustrie und dem Schreinerergewerbe mit dieser Einrichtung zu nützen und ihnen lohnende Arbeit zu verschaffen.

Derartige Bestrebungen sind in verschiedenen Landesteilen eingehend erörtert und Einrichtungen zur Durchführung der Maßnahme geschaffen worden. Insbesondere sind es die Vereine zur Förderung des Kleinwohnungswezens, die sich mit dieser Frage fast überall beschäftigt haben. Im Großherzogtum Hessen hat sich ein Ausschuss zur gemeinnützigen Beschaffung von Möbeln gebildet mit dem Zweck, für die Beschaffung von Rohmaterialien zu mäßigen Preisen zu sorgen, Lieferungsverträge mit Möbelfabrikanten und Handwerksbetriebe über zu liefernde Möbel abzuschließen und diese durch gemeinnützige Stellen zu vertreiben. Für die einzelnen Landesteile oder Städte ist die Bildung von Unterausschüssen geplant und in Darmstadt hat sich ein derartiger Unterausschuss gebildet, in dem die maßgebenden gemeinnützigen Vereine vertreten sind. Um eine Stundung der Zahlung oder Nachlaß gewähren zu können, soll ein Sicherheitsfonds gebildet werden aus öffentlichen Mitteln, Stiftungen oder Spenden.

Die Gewerbeanstalt Augsburg beschäftigte sich ebenfalls mit dieser Frage und sie hat zunächst Preisanschreiben ergehen lassen zur Erlangung geeigneter Entwürfe für möblierbare, einfache Einrichtungen von Kleinwohnungen. Gute Entwürfe sollen hernach ausgeführt und die Einrichtungen aufgestellt werden. Zur Vermittlung der Möbel plant man die Errichtung einer zentralen Möbelvermittlungsstelle und Hilfsstellen in den einzelnen Landesteilen.

Die Sächsische Regierung hat Gutachten über die Regelung dieser Frage eingeholt. Es wurde u. A. in Vorschlag gebracht, einen Lieferungsverband auf genossenschaftlicher Grundlage zur Beschaffung des notwendigen Hausrats ins Leben zu rufen.

In Baden hat der Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen und der Bad. Landeswohnungsverein sich mit der Sache befaßt und es sollen unter Beteiligung von Staat, Gemeinden, Versicherungsanstalten, Banken, Industriellen, Handwerksorganisationen der Bad. Baubund gegründet werden. Neben einer Bauabteilung und einer Siedelungsabteilung ist eine Abteilung für Wohnungseinrichtung vorgesehen, die nichts anderes sein soll, als ein gemeinnütziges Abzahlungsgeschäft für Kleinwohnungsmöbel.

für landwirtschaftliche Maschinen, eine große Speiseanstalt. Eine lange Reihe von Lazarettbaracken steht in einem schönen, großen Park.

In dem Städtchen selbst wimmelte es von deutschen Hilfsdienstpflichtigen, Männern und Frauen; auch Helfer jugendlichen Alters waren überall anzutreffen. Am nächsten Morgen machten wir nochmals einen Rundgang im Städtchen, um um 8 Uhr unsere Kraftwagen wieder zu besorgen. Das heutige Tagesprogramm war umfangreich, galt es doch, nicht weniger als 28 verschiedene Anstalten und Betriebe zu besichtigen. Aus Mangel an Zeit mußten wir eine Anzahl dieser Betriebe, die wir schon anderwärts gesehen hatten, wieder ausschalten. Es blieb auch so genug übrig. Am 14. und 15. August hatten wir an wirtschaftlichen Betrieben und Wohlfahrtsanstalten im Gebiet der Hauptappellinspektion nicht weniger als 100 verschiedene Betriebe in Augenschein zu nehmen. Unser Führer, der Hauptmann von der Kommandantur, hatte ein bis auf die Minute eingehaltendes Programm aufgestellt, nach welchem wir unsere Fahrten einrichteten. Da durfte keine Minute verloren gehen.

Bei meinem Spaziergang im Städtchen am Morgen des 14. sah ich

deutsche Schuhmacher- und Uhrmacherwerkstätten, eine Wechselstube,

in welcher ein deutsches Mädchen im Hilfsdienste die Geschäfte wahrnahm. Im Morgenmehl, der einen schönen Tag versprach, versammelten sich die russischen Arbeiter mit ihren Geräten. Hinter meinem Quartier befand sich ein kleiner Hof, an welchem

Auch in Preußen ist man vielerorts dieser Frage näher getreten, hauptsächlich in den größeren Städten.

In Frankfurt a. M. sind von der städtischen Hilfskasse in Verbindung mit der Schreiner- und Tapezierergewerkschaft Fürsorgemaßnahmen zur Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute getroffen worden. Die Genossenschaft hat die Herstellung und Lieferung von Möbeln in einfacher Ausstattung (etwa zum Preise von 1500 Mark für zwei Zimmer und Küche, für größere Wohnungen entsprechend mehr) übernommen. Die Möbel werden nicht auf besondere Bestellung, sondern auf Lager gefertigt und in einem geeigneten Hause ausgestellt. Sind die Kriegsgetrauten bedürftig (die Verhältnisse werden in jedem einzelnen Falle geprüft), dann gibt die städtische Hilfskasse ein Darlehen von einem Drittel der Kosten für die Wohnungseinrichtung. Das zweite Drittel muß der Käufer anzahlen, während er das letzte Drittel innerhalb zwei Jahren an die Genossenschaft abtragen muß (in Ratenzahlungen). Für dieses letzte Drittel zahlt der Käufer an die Genossenschaft 4 Prozent Zinsen, während für das Darlehen aus der Hilfskasse, das nach und nach abzutragen ist, 2 Prozent Zinsen zu entrichten sind.

Die Genossenschaft zahlt den Preis für die Möbel dem Lieferanten nach Ablieferung vollständig aus. Sie hat bei der Zentralgenossenschaftskasse einen Kredit, aus dem sie die Lieferanten bezahlt, und den sie zu 6 Prozent verzinsen muß. Zur Deckung ihrer Unkosten für Ausstellung, Zinsverlust und Geschäftsunkosten schlägt die Genossenschaft auf den Einkaufs- bzw. Herstellungspreis der Möbel einen entsprechenden Prozentsatz drauf.

Geschäftlicher Leiter dieser Einrichtung ist der Schreinermeister Wilt. Buchwald in Frankfurt, Vorsitzender der Schreinerergewerkschaft. Es hält aber sehr schwer, Aufträge zur Herstellung von Möbeln unterzubringen, so daß jetzt unter Mitwirkung der Handwerkskammer die Schreinermeister vom Lande zur Mitarbeit gewonnen werden sollen.

Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau hat sich in seiner Sitzung am 13. November ds. Jz. auch mit dieser Angelegenheit befaßt und in Erwägung gezogen, an die Regierung, den Bezirksverband, die Kriegsfürsorgestellen, die Handels- und Handwerkskammer, sowie an die großen gemeinnützigen Vereine in Nassau heranzutreten, um eine Einrichtung für die gemeinnützige Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute zu schaffen. Der Verfasser dieser Zeilen hat als Berichterstatter in Vorschlag gebracht, zunächst

sich ein Garten anschloß. Ich trat näher und fand an der Gartentüre einen Anschlag folgenden Inhalts:

Gartenland des R. R.

Flächeninhalt zehn Quadratmeter.

Gründe ist Eigentum der Besitzer und darf weder beschlagnahmt, noch requiriert werden.

Das Betreten des Gartenlandes ist allen unbefugten Militärpersonen verboten.

Das Oberkommando der Armee Nr. ...

Die Sorge, die hier für das Privateigentum unserer Feinde zutage tritt, kennzeichnet den Geist, der unsere Heere beherrscht. Wir stehen im blutigsten Krieg aller Zeiten gegen eine Uebermacht von Feinden, die unserem Land mit Verschmierung droht, aber wir finden Lust und Muße, unsere Feinde in ihrem Eigentum, welches wir nicht unbedingt zur Unterhaltung unserer Truppen benötigen, zu schaden. Nichts wird zerstört, wenn uns nicht die bittere Notwendigkeit dazu zwingt. Man vergleiche dieses Verhalten mit den unnötigen, blindwütenden Zerstörungen und den Grausamkeiten, die z. B. die Russen in Ostpreußen begingen.

Trotz der Aussichten auf schönes Wetter begann es bald mächtig zu giehen, so daß wir, als wir unser erstes Besichtigungsobjekt, eine Obst-trocknungshalle, erreichten, der Trocknung sehr bedürftig waren. Wir sahen einen Bahnhof, der zu einem Umladebahnhof umgestaltet worden ist. Derartige Umladebahnhöfe sind im Etappengebiet mehrfach erbaut worden, um es zu ermöglichen, in rascher Frist die herangeführten Reserven in die Abwehrschlachten zu werfen.

(Fortsetzung folgt.)

einen Ausschuss für den ganzen Bezirk zu bilden mit folgender Aufgabe: Beschaffung von guten Entwürfen für kleinbürgerliche Wohnungseinrichtungen, Abschluß von Lieferungsverträgen mit einzelnen Möbelgeschäften oder den bestehenden Schreiner- und Tapezierergewerkschaften, Mitwirkung bei Beschaffung von Rohmaterial, Errichtung einer zentralen Möbelvermittlungsstelle, Schaffung einer Sicherheitssumme aus öffentlichen und privaten Mitteln, aus Spenden und Stiftungen. Außerdem wären im Bezirk an geeigneten Plätzen Hilfsstellen einzurichten unter Mitwirkung der Kreise, der Städte und der örtlichen gemeinnützigen Vereine.

Der Zentralvorstand glaubte jedoch, vorerst in dieser Sache eine abwartende Stellung einnehmen zu sollen und bei passender Gelegenheit in Verbindung mit der Handwerkskammer den Gedanken in einer zweckdienlichen Weise zu verwirklichen. Die Hauptschwierigkeit der Verwirklichung erblickt man in der Beschaffung des notwendigen Rohmaterials; denn fast alles verfügbare Holz wird für den Heeresbedarf beansprucht und trodene Ware ist kaum noch zu beschaffen. Jedoch auch diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Wenn es gelingt, die noch verfügbaren Kräfte in den Schreinerbetrieben von Stadt und Land zusammenzufassen, so dürfte die Frage technisch zu lösen sein.

Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes über die Lage des Arbeitsmarktes im September 1917.

Der Berichtsmonat hat gegenüber dem Vormonat insofern ein verändertes Bild, als die Landwirtschaft, die bereits im August mit einem stärkeren Bedarf hervorgetreten war, sich durch eine weitere erhebliche Verstärkung der Anforderungen bemerkbar machte. In diesen durch die Natur der landwirtschaftlichen Produktion bedingten Schwankungen des Arbeiterbedarfs gewannen die kleineren Hilfsquellen des Arbeitsmarktes, insbesondere die Lazarettverwaltung, an Bedeutung. Lazarettmänschen wurden neben Schülern vielfach bei der Kartoffelernte und in Gärtnereien beschäftigt und ermöglichten auch in anderen Bereichen Lücken vorübergehend auszufüllen, die sonst in Ermangelung anderer Arbeitskräfte nicht gefüllt werden konnten.

Die in der ersten Hälfte des Monats bereits vorhandene erhöhte Nachfrage nach Renteen erhöhte sich durch die eingehenden Anforderungen für die vielfach besser bezahlte Treckmaschinenarbeit eine weitere Steigerung. Frankfurt, Mainz, Wiesbaden, Marburg, Friedberg berichten von einer das Angebot übersteigenden Nachfrage, während Darmstadt, Dornheim und Lumburg einen völligen Ausgleich herbeizuführen in der Lage waren.

Die Gesamtlage der Metallindustrie ist unverändert. Gießereien und Eisenkonstruktionswerkstätten traten mit erhöhten Anforderungen hervor. Schloßer und Dreher wurden stark für die Instandsetzung von Treckmaschinen verlangt. Ebenso bestand nach Schmiededen lebhaften Nachfrage. Vielfach wurde eine Bevorzugung der Munitionswerkstätten durch die Arbeiter beobachtet.

In der Lederindustrie ist die Nachfrage nach Sattlern stark gestiegen. Im Holzgewerbe nahm zwar stellenweise die Zahl der offenen Stellen etwas ab, doch blieb die Lage im übrigen unverändert.

Das Bekleidungs-gewerbe machte einen erheblich gestiegenen Bedarf an Schuhmachern für die Versorgung der Zivilbevölkerung geltend. Namentlich wurden von den Kleinmettern Gehilfen für Reparaturarbeiten verlangt. In Mainz verblieb ein Ueberangebot von Schneidern, für die im übrigen reichliche Beschäftigung vorhanden war.

Im Baugewerbe besteht unverändert für öffentliche Bauten eine starke Nachfrage nach Maurern und Zimmerern und Bauhilfsarbeitern, die nur zu geringem Teil befriedigt werden konnte. Ebenso herrschte an Steinmetzen und Steinbrechern nach wie vor Mangel. Maschinen und Geizer waren etwas reichlicher vertreten als im Vormonat.

Im Hotel- und Gastwirts-gewerbe ließ entsprechend der zu Ende gehenden Saison die Nachfrage nach. Insofern blieb auch das zu erwartende Freierwerden der Arbeitskräfte in den größeren Städten aus, jedoch reichlich Gelegenheit zur Be-

schäftigung verblieb. Erst gegen Schluss des Monats machte sich ein stärkeres Angebot von Sevierfräuleins und Aushilfen bemerkbar. Ungelernte Arbeiter und Tagelöhner standen nicht in dem gleichen Maße wie im Vormonat zur Verfügung. An Erdarbeitern und Stredenarbeitern herrschte ein fühlbarer Mangel.

Ein auffälliger Rückgang der Stellensuchenden zeigte sich bei den jugendlichen Arbeitern. Neben der Landwirtschaft fanden Jugendliche auch in erhöhtem Maße in der chemischen Industrie Verwendung.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkte war die Nachfrage nach Substranen geringer. Die Diensthilfsknappheit hielt unverändert an. Die zahlreicher vertretenen Näherinnen reichten zur Befriedigung der Nachfrage aus. Die Nachfrage nach Heimarbeiterinnen war gering, während Strickerinnen reichlich Arbeit Gelegenheit fanden.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Auszug aus dem Protokoll

über die 193. Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Wiesbaden am 14. November 1917, vormittags 10 Uhr.

Anwesend: Der Vorsitzende Herr Carlens, Wiesbaden, die Vorstandsmitglieder Herren: Herr Falkenstein, Bad-Frankfurt a. M., Aug. Schanz, Frankfurt a. M., für Herrn Dand, Bank-Wiesbaden, Müller-Ems (Lahn), Meier-Wiesbaden sowie der Syndikus der Kammer, Schroeder-Wiesbaden.

1. Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

2. Aus dem Geschäftsbericht des Syndikus ist hervorzuholen:

a) Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat bezüglich der Staatsprämie für das Auslernen taubstummer Handwerkslehrlinge eine Erleichterung für das Schuhmachergewerbe angedeutet.

b) Wegen der Bildung von Handlarenkolonnen ist die Geschäftsstelle dafür eingetreten, daß die Handwerkslehrlinge tunlichst in ihrem Betrieb belassen werden.

c) Ueber die Zusammenlegung der Bädereibetriebe wird berichtet und dabei festgestellt, daß im Kreis Wiesbaden die gesetzliche Vertretung des Handwerks nicht gehört wird. Es soll deswegen mit der Handwerkskammer Kassel in Verbindung getreten werden.

d) Das Reichsbankdirektorium dankt der Kammer für die tatkräftige Beihilfe bei der Weisarbeit für die 7. Kriegsanleihe.

e) Wegen der Verleihung des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe sollen nunmehr auch den Vandräten des Kammerbezirks Vorschläge gemacht werden. Für Frankfurt a. M. sind die schon früher gemachten Vorschläge zu wiederholen.

f) Es wird berichtet über die Vermittlungsstelle, die Lederzuschußstelle 8, die Bezirksstelle für Reichsanzüge, die Rohstoffzentrale für Tapezierer.

g) Das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum zu Leipzig soll möglichst gefördert und ihm ein jährlicher Beitrag von 100 Mark bewilligt werden, wenn dem Handwerk in der Ausstellung eine oder mehrere besondere Abteilungen eingeräumt werden.

3. Revision der Genossenschaften. Auf ein bezügliches Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten bezieht sich der Vorstand wegen Beitritts der drei verbandlosen Lieferungs-Genossenschaften erneut einen Versuch zu machen und zwar in der Art, daß denselben die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 22. Oktober cr. abschriftlich mitgeteilt wird.

4. Die Versorgung Kriegsgetrauter mit Möbeln, wie sie von der Stadt. Hilfskasse Frankfurt a. M. organisiert ist, soll gefördert und möglichst für den ganzen Kammerbezirk eingerichtet werden. Das Weitere wird dem Vorsitzenden und dem Syndikus überlassen.

5. Die Kriegsmetall A. G. regt die Errichtung von Vertrauensstellen für Edelmetalle im Kammerbezirk an. Der Anregung soll entsprochen und deswegen zunächst mit den Handelskammern Fühlung genommen werden.

6. Zwecks umfassender Organisation der Verwendung von Ersatzstoffen sind aus allen Teilen der Kammerbezirks tunlichst Schuhmachermeister zu bestimmen, die Unterrichtskurse bei der Ersatzstoff-Gesellschaft in Berlin besuchen. Die Kosten übernimmt die Kammer, anteilig gemeinsam mit der Gesellschaft und den Kreisen bzw. den Gemeinden. Die Teilnehmer sollen demnach im Kammerbezirk die übrigen Schuhmachermeister unterrichten. Vor-

zeit nehmen bereits etwa zwölf Schuhmacher aus dem Bezirk an den Kurien teil.

7. Auf bezügliche Anfrage stellt der Vorstand sich auf den Standpunkt, daß die Lehrzeit im Schuhmachergewerbe in der Regel drei Jahre zu betragen hat.

Für die Wichtigkeit des Auszugs:

Der Syndikus der Handwerkskammer:
Schroeder.

Bekanntmachung.

Betr. freigegebenes Bodenleder.

Obwohl die Bezirkskommissionen seit längerer Zeit aufgehoben sind und die Handwerkskammern mit der Verteilung von Bodenleder nichts mehr zu tun haben, laufen noch immer zahlreiche diesbezügliche Zuschriften hier ein. Diese Zuschriften sind nicht an uns, sondern an die Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin W 66, Leipzigerstraße 123a, zu richten.

Wiesbaden, den 1. Dezember 1917.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Bekanntmachung.

Betr. Aufträge für Schreiner und Tapezierer.

Die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute, sowie die Deckung des Bedarfs an Möbeln überhaupt, bringen jetzt und später in erhöhtem Maße Aufträge für Schreiner und Tapezierer. Dieses Gebiet soll dem Handwerk dauernd gesichert und zu diesem Zwecke müssen dessen Kräfte organisiert werden. Zunächst ist festzustellen, welches Material und welche Betriebe für diese Aufträge zur Verfügung stehen. Um dies festzustellen und um zu beraten, wie die Sache am besten einzurichten ist, findet am Dienstag, den 11. Dezember, nachmittags 2.30 Uhr, in Limburg im Hotel „Alte Post“ eine Besprechung statt, zu welcher alle selbständigen Schreiner und Tapezierer der Kreise Ober- und Unterlahn, Limburg, Ober- und Unterwiesbaden, Wiesbaden, Dill und Diebelsdorf, eingeladen werden. Bei der Wichtigkeit der Sache dürfen wir auf zahlreiche Beteiligung rechnen.

Wiesbaden, den 23. November 1917.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 4½% Schatzanweisungen der VI. Kriegsanleihe können vom

10. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VI. Kriegsanleihe findet gemäß unserer Mitte v. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

26. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt

Von den Zwischenscheinen für die I., III., IV. und V. Kriegsanleihe ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli und 1. Oktober d. Js. fällig gewordenen Zinscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Dezember 1917.

Reichsbank-Direktorium

Havenstein v. Grimm.